



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

klares Buch geschrieben. Es wird dauernd unter den Schätzen deutscher Dichtung lebend bleiben.

Wenn es diesem Aufsatze, in dem leider nicht mehr als kurze Hinweise enthalten sein können, gelingt, das Interesse im Reiche draußen für unser Schrifttum zu heben, so hat er seine Aufgabe erfüllt. Man betrachte uns nur nicht immer als „Osterreicher“, als Deutsche minderer Güte, sondern erinnere sich, wie viele Jahrhunderte keinerlei Grenzlinien zwischen uns bestanden. Daß wir als Süddeutsche unsere Eigenarten haben, als Deutsche, die so lange Zeit das staatserhaltende und bildende Element im alten Österreich waren, das ist wohl selbstverständlich. Schwer genug haben heute die deutschen Dichter Österreichs zu kämpfen. Die hohen augenblicklichen Preise des deutschen Buches in Österreich infolge der Verelendung unserer Krone rücken drohend die Gefahr näher, daß wir noch abgeschnitten werden von dem geistigen Leben Deutschlands, daß unser großer Reichtum an Talenten, an vollkommener Eigenart brachgelegt werden soll. Nicht kleindeutsch sei nunmehr die Losung, sondern großdeutsch! Dies aber vor allem in der Welt des Geistes, der Kultur, des deutschen Schrifttums. Damit legen wir die besten, sichersten Grundlagen zu unserer unausbleiblichen staatlichen Vereinigung.



Weltspiegel

Oberschlesien und die Entente. Deutschland ist augenblicklich in der Lage eines Menschen, der, durch wiederholte schwere Schicksalsschläge verwundet und verwirrt, durch gehässige Kränkungen seiner Gegner in tiefster Seele verbittert, durch physische Übermacht seiner Widersacher ständig in entehrender Form bedroht, durch häusliches Unglück erschüttert, ohne Aussicht auf Rettung, ohne Hoffnung auf Erleichterung, so überaus reizbar geworden ist, daß der geringste Anlaß genügt, ihn plötzlich alle Überlegung außer acht und wie einen Rasenden blindwütig, sich an der Fülle des eigenen Unglücks und an der letzten Lust selbstmörderischer Wut berauschend, um sich schlagen zu lassen. Niemand wird sich vermessen dürfen, über einen solchen Ausgang mit pharisäischer Selbstgefälligkeit zu Gericht zu setzen, am allerwenigsten der Hauptpeiniger des bis zum Wahnsinn Gequälten selbst, und der in solcher Lage zu ruhiger Besinnung Mahnende gerät leicht in Gefahr, sich lächerlich zu machen. Dennoch muß, solange man noch von Politik sprechen will, festgehalten werden, daß ein Zahnschmerz wohl unerträglich werden kann, daß jedoch kein Vernünftiger einem Zahnschmerz entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung seines Schicksals einräumen wird.

Unendlich schwer hat man es Deutschland gemacht, in Oberschlesien nicht zum Selbstschutz zu greifen und es ist wie gesagt, nicht nur eine schwere, sondern in diesem Fall auch eine undankbare Aufgabe, gegen diejenigen sich zu entscheiden, die das zu tun beabsichtigen, was Ehr- und Nationalgefühl dem in ungebrochenen Zmpulsen Empfindenden unmittelbar als selbstverständlich nahelegen. Aber Oberschlesien ist denn doch nur innerhalb der Gesamtlage ein Teilproblem und niemand kann gelobt werden, der, um den Teil zu retten, das

Ganze riskiert. Was würde — im besten Falle — ein selbständiges Eingreifen regulärer oder irregulärer deutscher Truppen in Oberschlesien, das infolge der Übergriffe der Korfanty-Banden, der erwiesenen Mitschuld der Polen, der durch den französischen Ministerpräsidenten selbst eingestandenen Parteilichkeit der französischen Truppen moralisch nur allzu gerechtfertigt wäre, erzielen? Die Insurgenten würden zurückgeschlagen. Gut. Was wird die Folge sein? Selbst wenn die Polen, Irreguläre oder Reguläre, ihren bedrängten Freunden keine Hilfe brächten, was den allgemeinen Krieg an der Ostgrenze nach sich ziehen würde, selbst wenn die Insurgenten, wozu sie nach Korfanths mehr oder weniger offenen Drohungen und den Anzeichen von Bolschewismus entschlossen zu sein scheinen, vor der Räumung den ganzen besetzten Industriebezirk nicht kurz und klein schlagen, meint man, die Franzosen würden sich auch nur einen Augenblick besinnen, ins Ruhrgebiet einzurücken? Der Wortlaut des polnisch-französischen Abkommens, von dem Briand gesprochen hat, ist nicht bekannt, aber selbst wenn es in dieser Beziehung keine bestimmten Abmachungen enthielte, würden die Franzosen dennoch das Ruhrgebiet besetzen.

Aber ist nicht Lloyd George dagegen und hat sich nicht in der oberschlesischen Frage fast die gesamte öffentliche Meinung hinter ihn gestellt? Hat nicht Lloyd George selbst fair play für Deutschland verlangt?

Sa! Und obwohl Lloyd George seinen festen Willen zum fair play Deutschland gegenüber bis jetzt höchstens mit Worten bekundet hat, soll die Aufrichtigkeit dieses Willens garnicht in Zweifel gezogen werden. Aber welche Macht hat denn Lloyd George, diesen Willen durchzusetzen? Vergißt man, daß England seine wenigen Truppen dringend für Irland braucht, vergißt man, daß England infolge des immer noch andauernden Bergarbeiterstreiks dicht vor einer schweren revolutionären Krise steht? Kein Mensch hat zu mutßen gewagt, als Briand offen das Bestehen eines polnisch-französischen Abkommens zugab, obwohl dies Abkommen dem Völkerverbund nicht zur Kenntnisnahme unterbreitet worden ist und somit gegen den Friedensvertrag verstoßt. Alle die zahlreichen Völkerverbundfreunde in England, die aufrichtigen sowohl wie diejenigen, die es aus politischen, an dieser Stelle oftmals auseinandergesetzten Gründen zu sein vorgeben, hätten sofort und laut dagegen protestieren müssen. Das ist nicht geschehen, weil man über keinerlei Machtmittel verfügte, Frankreich zu zwingen. Es ist ganz richtig, daß man es in Frankreich nicht gern zum offenen Bruch der englisch-französischen Entente kommen lassen will. Geschieht es aber doch, so ist ein Eingreifen Englands unmittelbar — und darauf allein kommt es an — garnicht möglich.

Vor allem aber hat man bei der Beurteilung der auf Oberschlesien bezüglichen Äußerungen Lloyd Georges ganz übersehen, daß sie einem unmittelbaren politischen Ziel dienen: der Verhinderung der Besetzung des Ruhrgebiets. Es kann als sicher angenommen werden, daß der oberschlesische Aufstand von Polen und Frankreich gerade in die Tage der Londoner Ultimatum-Verhandlungen verlegt wurde, sowohl um die Deutschen zu einer Gegenaktion zu provozieren wie die Unterzeichnung des Ultimatum, ohne daß Frankreich sich zuvor in den Besitz seiner Pfänder, gesetzt hätte, zu verhindern. Die Ratschläge englischer Persönlichkeiten zur Annahme des Ultimatum, von denen die französische Presse erzählt, waren, falls sie wirklich erteilt wurden, auf den Wunsch Englands zurückzuführen, die Besetzung des Ruhrgebiets, die Frankreich eine von England wie von Italien gefürchtete Monopolstellung für Kohle- und Eisenproduktion geben würden, zu verhindern. Nun aber herrschte in der französischen Kammer bekanntlich große Erregung über das Londoner Abkommen und trotzdem Briand es durch die über den Kopf des noch immer zu weiterem Aufschub geneigten Senats erfolgte provisorische Ernennung eines französischen Botschafters beim Vatikan verstanden hatte, einen Teil der Gegner des Abkommens und Anhänger der Besetzung des Ruhrgebiets für sich zu gewinnen, bestand Gefahr, daß er von den Royalisten, von deren Anhang, von den Militaristen, von den Sozialisten und den über diesen seinen innerpolitischen Schachzug erbitterten Radikal-Sozialisten,

denen sich dann, um bei der neuen Kabinettsbildung nicht ausgeschaltet zu werden, trotz der Vatikanregelung auch die durch ihre Stimmenzahl ausschlaggebende Partei der Entente républicaine-démocratique angeschlossen hätte, geführt wurde. Dann aber blieb dem neuen Ministerpräsidenten, mochte er nun, wie allgemein angenommen wurde, Poincaré oder, wie einige wollten, Clemenceau heißen, gar nichts anderes übrig als eben das zu tun, was unterlassen zu haben die Kammer seinem Vorgänger vorgeworfen hatte: die mobilisierte Jahressklasse 19 in Deutschland einrücken zu lassen. Diese Gefahr galt es abzuwenden. Lloyd George tat es, indem er die französische Regierung in einer scheinbar ganz anderen Angelegenheit mit ungewöhnlicher Schärfe angriff. Damit die Sache groß genug aufgemacht werden konnte, antwortete Briand sofort, um sich alsbald neue Diatriben zuzuziehen. Damit war ein Konflikt geschaffen, angesichts dessen der französische Kammer, abgesehen davon, daß niemand Lust haben mochte, in einem diplomatisch derartig bedenklichen Augenblick, als Ministerpräsident einzuspringen, nichts anderes übrig blieb, als ihre eigene Regierung zu stützen. blieb aber Briand am Ruder, so war zum mindesten wieder Zeit gewonnen, was Lloyd George schon an sich liebt. Der französische Chauvinismus konnte sich abkühlen, das Land die Bedenken französischer Wirtschaftstheoretiker gegen die Ruhrbesetzung in Ruhe überlegen, hier und da auch, was die Kommunisten gründlich besorgen, gegen das militärische Abenteuer protestieren. Vor allem konnte nun auch ein Druck in der oberschlesischen Frage benutzt werden, um die Franzosen zum endgültigen Verzicht auf die Ruhrbesetzung zu bewegen. Lloyd George wird bis zu einem gewissen Grade in Oberschlesien nachgeben, wenn Briand am Rhein nachgibt. In dem Augenblick aber, da Deutschland Lloyd George diesen Trumpf eigenmächtig aus der Hand nimmt, wird diesem jede Möglichkeit, einen mächtigen Druck auf Frankreich auszuüben, geraubt, seine innerpolitische Stellung aber wegen der dann zu erwartenden Opposition der Morning Post-Kreise vollends so geschwächt, daß er allen Versuchen Frankreichs, sich zum unumschränkten Herrn Europas zu machen, tatenlos zusehen muß.

Diese Versuche machen kräftige Fortschritte. Nicht nur ist es der französischen Diplomatie gelungen, auch Rumänien der kleinen Entente zu nähern, zwischen Rumänien und Tschecho-Slowakei ein Defensivabkommen außer gegen Ungarn auch gegen Rußland zustande zu bringen (in dem Sinne wenigstens, daß die Tschecho-Slowakei im Konfliktfalle die Durchfuhr von Kriegsmaterial nach Rumänien duldet), sondern auch Tschecho-Slowakei und Südslawien sowohl wie Rumänien in der österreichischen Frage mobil zu machen. Das Selbstbestimmungsrecht als solches, auf das sich Frankreich in der oberschlesischen Frage nicht oft genug, mit Argumenten übrigens von zweifelhaftem Wert, berufen kann, wird in Österreich, wieder vor den Augen des immer ohnmächtiger werdenden britischen Bundesgenossen, fast mit Füßen getreten, und „Journal des Débats“ wagt sogar den Versuch, das Ergebnis der Abstimmung in Tirol mit der Behauptung zu verdächtigen, zur Abstimmung seien Anschlußgegner überhaupt nicht zugelassen worden. Und nicht genug mit Rumänien, soll auch, wie Leitartikel des „Temps“ beweisen, Italien überredet werden, sich in die Reihe der unterschiedenen Anschlußgegner zu stellen. Offenbar nur dazu, daß Frankreich die Möglichkeit bekommt, mit Hilfe eines Sutsjessionsstaatenblocks, einer mächtigen Donaukonföderation, später auf die lateinische Schwefelkernation einen geeigneten Druck zur Förderung seiner Orient- und Mittelmeer-Interessen ausüben zu können.

Was Italien selbst betrifft, so ist der Ausfall der Kammerwahlen der Regierungspolitik nicht ganz so günstig, wie man offiziell den Anschein zu erwecken sucht. Wider alles Erwarten haben die Sozialisten, die sich jetzt ohnehin, von der lästigen Rücksichtnahme auf die Kommunisten befreit, besser rühren können, gar nicht so schlecht abgeschnitten und haben die Popolari, ebenfalls von Rechts- und Linkradikalen befreit, noch zugenommen, so daß einem aus Liberal-Demokraten, Radikalen, Reformsozialisten, Kombattanten, Mittianern, Nationalisten und Faschisten sehr bunt gemischten Nationalblock von 278 Stimmen an 260 Gegner, oder die

es werden könnten, gegenüberstehen. Die Sache ist zwar nicht ganz so gefährlich, wie sie aussieht, da die Popolari die Regierung in vielen Fällen unterstützen werden, aber einerseits werden gerade sie, wie bisher schon, nicht selten genötigt sein, der Regierung um die Wette mit den Sozialisten Opposition zu machen, andererseits ist gerade auf gewisse Teile des Blockes wenig Verlaß. Die Schuld daran trägt zum Teil wohl die geräuschvolle, Terror gegen Terror der Kommunisten setzende, Propaganda der Faschisten, die der Regierung zwar wertvolle Dienste leistete, andererseits aber auch gerade die Opposition verschärfte. Nach innen wie nach außen bliebe somit die Regierung wie bisher auf vorsichtiges Lavieren angewiesen und wird die erfahrene Meisterhand Giolittis auch fürderhin nicht entbehren können.

Menenius

Federstriche

Siegfried Jacobsohn und „Judas Aufstiegsmöglichkeit“

In Herrn Siegfried Jacobsohns Weltbühne, dem Organ der „Edel-Kommunisten“, schreibt ein Herr, der sich Viator nennt (soll wohl „Reisender“ heißen?), über die Broschüre „Antisemitismus“ des Herrn Friedrich von Oppeln-Bronikowski. Er kann nicht umhin, dem Verfasser zunächst mächtiges Lob zu spenden, weil er, obwohl Angehöriger der Deutschnationalen Partei, „ausnahmsweise doch einmal“ den Antisemitismus verwirft. Aber dieser wohl temperierten Anerkennung folgt sogleich herber Tadel, vorgetragen in dem anmutigen Ton, der Herrn Jacobsohn und seinen Brüdern im Geiste eigen ist. „Selbstverständlich“ wird auch von Oppeln-Bronikowski nur durch höchst verwerfliche Beweggründe geleitet. Er will die nationalgesinnten „und zugleich meist wohlhabenden“ Juden in die deutschnationale Partei hineinlocken, damit sie „den Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften, einem erlauchten Adel und wohlaffektierten (!) arischen Bürgertum wieder in den Sattel helfen“, wobei besagte Partei „selbstverständlich“ von vornherein die Absicht hat, den Juden nach vollzogener Ausnutzung „den erlösenden Tritt zu versetzen“. Also spricht Viator.

Merkwürdige Duplizität der Ereignisse. Vor einigen Monaten hörte man zum ersten Mal von den Bestrebungen des Herrn Dr. Max Raumann (der übrigens von Herrn Viator ganz nebenher ebenfalls angerepelt wird) zur Sammlung der „nationaldeutschen Juden“. (Siehe Heft 10/11 dieser Zeitschrift.) Damals wurde diese jüdische Bewegung von deutschvölkischen Kreisen mit ganz ähnlichen Argumenten bekämpft, wie jetzt der Nichtjude von Oppeln-Bronikowski durch Herrn Jacobsohn und seinen jüdischen Anhang. Man sprach damals von einer „Machination Judas“, die nur den harmlosen Arier hinter's Licht führen sollte, von Abteilungen, die seitens der Juden in das nationale Lager abkommandiert seien.

Auf den Gedanken, daß es ehrliche und bekenntnisfreudige Menschen gibt, die nicht in das vorgestellte Gesamtbild passen, daß also vielleicht doch das Bild als solches nicht richtig war, kommen solche Kritiker nicht. Die Wahrheit liegt, wie meist, in der Mitte. Die nationalgesinnten, aber ruhigdenkenden Deutschen arischen Stammes tun gut, die wirklich nationalgesinnten Juden, die den ehrlichen Willen zur Eingliederung in das deutsche Volkstum haben, nicht ohne weiteres zurückzustoßen, sondern die aufbauenden Kräfte, die in dieser Gruppe stecken, dem deutschen Vaterland nutzbar zu machen. Und den nationaldeutschen Juden selbst, deren Sammlungsaktion wir mit Interesse verfolgen, kann nur geraten werden, von Herrn Jacobsohn und seinen Gesinnungsgenossen möglichst deutlich und nachdrücklich abzurücken oder ihnen, um im Stil der Weltbühne zu sprechen, „den erlösenden Tritt zu versetzen.“

J. C. W.